

Beschlußempfehlung und Bericht **des Innenausschusses (4. Ausschuß)**

zu dem Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/67 —

Programm gegen Luftbelastung und Waldsterben

A. Problem

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, im Rahmen eines Programms gegen Luftbelastung und Waldsterben eine Reihe von im einzelnen aufgelisteten Maßnahmen zu erlassen. Diese betreffen zum einen u. a. detaillierte Vorgaben, namentlich zu den Grenzwerten der Großfeuerungsanlagenverordnung und der TA Luft, die Novellierung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes, die Verabschiedung eines Schadstoffabgabe- und -abwärmegesetzes sowie die Abgasgrenzwerte von Kraftfahrzeugen. Zum zweiten soll die Bundesregierung unter Berücksichtigung bestimmter Vorgaben eine Neuordnung der Energiewirtschaft mit den Hauptzielen einer rationellen Energienutzung und einer Verminderung des Einsatzes fossiler Energieträger konzipieren.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die Fraktion DIE GRÜNEN besteht — mit der Änderung, daß unter I. f) gefordert wird, ab 1. Januar 1985 als Abgasgrenzwerte die USA-Grenzwerte für Stickoxide, Kohlenwasserstoffe und Kohlenmonoxid festzulegen — auf Annahme des Antrages.

D. Kosten

keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag — Drucksache 10/67 — abzulehnen.

Bonn, den 3. Oktober 1984

Der Innenausschuß

Dr. Wernitz	Dr. Blens	Baum	Frau Dr. Hartenstein	Dr. Ehmke (Ettlingen)
Vorsitzender	Berichterstatter			

Bericht der Abgeordneten Dr. Blens, Baum, Frau Dr. Hartenstein, Dr. Ehmke (Ettlingen)

Der Antrag der Fraktion DIE GRÜNEN wurde in der 9. Sitzung des Deutschen Bundestages vom 20. Mai 1983 an den Innenausschuß federführend sowie an den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, den Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit, den Ausschuß für Verkehr und den Ausschuß für Forschung und Technologie zur Mitberatung überwiesen. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat sich gutachtlich beteiligt.

Der Ausschuß für Wirtschaft hat in seiner Stellungnahme vom 30. November 1983 mit Mehrheit vorge schlagen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Der Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten hat den Antrag in seiner Stellungnahme vom 24. November 1983 mit Mehrheit für erledigt erklärt.

Der Ausschuß für Verkehr hat am 24. November 1983 eine Gesamtstellungnahme zu dem Antrag sowie zu weiteren, die Problematik des Waldsterbens betreffenden Anträgen der Fraktion der SPD — Drucksachen 10/35, 10/469 —, der Koalitionsfraktionen — Drucksache 10/383 — und dem Sondergutachten des Rates von Sachverständigen für Umweltfragen „Waldschäden und Luftverunreinigungen“ — Drucksache 10/113 — abgegeben. Die darin enthaltenen Empfehlungen waren bereits Gegenstand der Beratungen zum Antrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 10/383 und sind zumeist in die vom Deutschen Bundestag am 9. Februar 1984 verabschiedete Entschlie ßung zu diesem Antrag eingeflossen.

Der Ausschuß für Forschung und Technologie hat in seiner Stellungnahme vom 24. November 1983 gebeten, daß die Bundesregierung vor einer weiteren Beschlußfassung zu diesem Antrag die Vorschläge des Programms gegen Luftbelastung und Waldsterben auf ihre Durchführbarkeit sowie ihre ökonomischen und ökologischen Auswirkungen und die Auswirkungen auf die Sicherheit der Versorgung mit Energie überprüfen möge.

Der gutachtlich beteiligte Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat eine Gesamtstellungnahme sowohl zu diesem Antrag als auch zu dem Antrag der Fraktion der SPD „Notprogramm gegen das Waldsterben“ in Drucksache 10/35 und dem Entschlie ßungsantrag der Koalitionsfraktionen „Unsere Verantwortung für die Umwelt“ in Drucksache 10/383 in bezug auf die in seinen Aufgabenbereich fallenden Fragen des Umweltschutzes beim Wohnungs- und Gebäudebestand, bei der Bauleitplanung und bei der Raumordnung abgegeben. Diese war ebenfalls bereits Gegenstand der Beratungen zum Entschlie ßungsantrag der Ko-

alitionsfraktionen in Drucksache 10/383. Zum Wortlaut der Stellungnahme und zur Frage, inwieweit die darin enthaltenen Empfehlungen im Rahmen der Entschlie ßung zu Drucksache 10/383 berücksichtigt worden sind, wird auf die Beschlußempfehlung und den Bericht des Innenausschusses in Drucksache 10/870 unter II.7. verwiesen.

Der Innenausschuß hat den Antrag in seinen Sitzungen am 16. und 22. Juni 1983 ferner auf der Grundlage einer vom Ausschuß durchgeführten zweitägigen Unterrichtungsfahrt in das Fichtelgebirge, den Bayerischen Wald und den Schwarzwald am 3. und 4. Oktober 1983 und einer darauf aufbauenden Anhörung von Sachverständigen am 24. und 25. Oktober 1983 zum Thema „Waldsterben und Luftverunreinigungen“ in seiner Sitzung am 24. November 1983 in verbundener Beratung mit einer Reihe weiterer Vorlagen, die die Problematik der Waldschäden und der Luftverunreinigung betreffen (vgl. in Drucksache 10/870 unter I.) sowie in seiner Sitzung am 19. September 1984 beraten und — vorbehaltlich der Stellungnahme des Ausschusses für Jugend, Familie und Gesundheit, die zu diesem Zeitpunkt noch ausstanden hatte — mit Mehrheit seitens der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Fraktion DIE GRÜNEN beschlossen, die Ablehnung des Antrags zu empfehlen. Der Ausschuß für Jugend, Familie und Gesundheit hat dem Innenausschuß in seiner Sitzung am 3. Oktober 1983 bei Stimmenthaltung seitens der Fraktion der SPD ebenfalls empfohlen, den Antrag abzulehnen, so daß auf einen Wiedereintritt in die Beratungen verzichtet werden konnte.

Zur Begründung des Antrages über die in Drucksache 10/67 enthaltenen Ausführungen hinaus wurde während der abschließenden Beratung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN hervorgehoben, daß seit der Einbringung der Vorlage eine sehr lange Zeit verstrichen und über ein Jahr Zeit vergeudet worden sei, in der die vorgeschlagenen Maßnahmen hätten ergriffen werden können. Im Hinblick auf das Waldsterben sei es notwendig, einerseits ein Gesamtkonzept vorzulegen, wie dies das Notprogramm der SPD — Drucksache 10/35 — darstelle. Darüber hinaus müßten jedoch auch konkrete Einzelmaßnahmen wie diejenigen, die im Antrag — Drucksache 10/67 — enthalten seien, beschlossen werden. Grundsätzlich sei zu betonen, daß neuere Untersuchungen eindeutige Indizienbeweise dafür erbracht hätten, daß Luftschadstoffe die Ursache des Waldsterbens seien. Die gesamte Thematik der Luftverunreinigungen müsse auch unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsvorsorge aufgegriffen werden. Zu dem einzigen Punkt, der im Antrag in Drucksache 10/67 nicht konkretisiert sei, sei ein eigener Gesetzentwurf der Fraktion DIE GRÜNEN vorgelegt worden.

Die Fraktion DIE GRÜNEN hat vorgeschlagen, dem Antrag mit der Maßgabe zuzustimmen, daß I. f) in Drucksache 10/67 folgende Fassung erhält:

„Als Abgasgrenzwerte sind die USA-Grenzwerte festzulegen:

ab 1. Januar 1985	
Stickoxide	0,62 g/km,
Kohlenwasserstoffe	0,25 g/km,
Kohlenmonoxid	2,1 g/km.

Der Fahrzeughalter muß sicherstellen, daß auch nach 80 000 gefahrenen km die Grenzwerte noch eingehalten werden. Der Fahrzeughersteller muß sicherstellen, daß die Grenzwerte bei jeder Geschwindigkeit, insbesondere auch bei der für den entsprechenden Fahrzeugtyp angegebenen Höchstgeschwindigkeit, eingehalten werden.

Das Fahrzeug muß bei allen Motortemperaturen die vorgeschriebenen Grenzwerte einhalten.“

Seitens der Koalitionsfraktionen war im Rahmen der abschließenden Beratung hervorgehoben worden, dadurch, daß der Antrag nicht aktualisiert worden sei und von daher die darin enthaltenen Vor-

schläge und Anliegen entweder durch andere Initiativen bereits überholt oder in spezielleren Vorlagen behandelt seien, seien die Koalitionsfraktionen der Auffassung, daß die in dem Antrag angesprochenen Fragenbereiche und Vorschläge im Rahmen der Beratungen zu speziellen Vorlagen erörtert werden sollten, so daß sie aus diesem Grunde den Antrag ablehnten.

Seitens der Fraktion der SPD war auf den Mischcharakter des Antrages hingewiesen worden, der darin bestehe, daß darin einige Vorschläge enthalten seien — wie etwa die Forderung nach einem Schadstoffabgabengesetz —, die mit den Forderungen der Fraktion der SPD übereinstimmten, andererseits darin aber auch Forderungen enthalten seien, denen die Fraktion der SPD nicht zustimmen könne. Darüber hinaus enthielten die Forderungen im Antrag derart detaillierte Einzelfestlegungen in bezug auf eine Reihe von Grenzwerten, deren Bewertung Fachleuten überlassen bleiben müsse. Nachdem die Fraktion DIE GRÜNEN als Antragsteller den Vorschlag der Fraktion der SPD, auch nach Einzelpunkten abzustimmen, nicht aufgriff, hat die Fraktion der SPD den Antrag aus den genannten Gründen bei einigen Stimmenthaltungen ebenfalls abgelehnt.

Bonn, den 3. Oktober 1984

Dr. Blens

Baum

Frau Dr. Hartenstein

Dr. Ehmke (Ettlingen)

Berichterstatte